



Allgemeine Geschäftsbedingungen der teamdress Stein Deutschland GmbH

1. Geltungsbereich und Vertragsabschluss

- 1.1. Alle Lieferungen, Leistungen und Angebote der teamdress Stein Deutschland GmbH (nachfolgend „Verkäuferin“) erfolgen ausschließlich aufgrund dieser Allgemeinen Lieferbedingungen. Diese sind Bestandteil aller Verträge, die die Verkäuferin mit ihren Vertragspartnern (nachfolgend auch „Käufer“ genannt) über die von ihr angebotenen Lieferungen oder Leistungen schließt. Sie gelten auch für alle zukünftigen Lieferungen, Leistungen oder Angebote an den Käufer, selbst wenn sie nicht nochmals gesondert vereinbart werden.
- 1.2. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Käufers erkennt die Verkäuferin nicht an, es sei denn, die Verkäuferin hätte ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt. Dies gilt auch dann, wenn die Verkäuferin die Leistungen in Kenntnis entgegenstehender oder von den vorliegenden Liefer- und Zahlungsbedingungen abweichender Geschäftsbedingungen vorbehaltlos ausführt.
- 1.3. Die Verkäuferin nimmt zu ihren Produkten Angebote über Telefon, Fax, E-Mail, ein eigenes EDI-Kundenportal, Bestellschein sowie im persönlichen Gespräch entgegen, deren Annahme sich die Verkäuferin ausdrücklich vorbehält. Die per E-Mail oder per Fax an den Käufer übermittelte Bestellbestätigung führt noch nicht zum Abschluss eines Kaufvertrags.
- 1.4. Ein Kaufvertrag kommt erst mit Versand einer Auftragsbestätigung durch die Verkäuferin per E-Mail oder Fax innerhalb von fünf Werktagen nach Zugang der Bestellung zustande, spätestens jedoch mit Lieferung der Ware.
- 1.5. Bei Blockaufträgen kommt der Vertrag erst mit Rücksendung des unterzeichneten Bestellscheins zustande.

2. Erfüllungsort, Lieferung und Abnahme

- 2.1. Erfüllungsort für alle Leistungen aus dem Lieferungsvertrag ist der Ort der Handelsniederlassung der Verkäuferin. Die Lieferung der Ware erfolgt ab Werk.
- 2.2. Versand- und Versandkosten trägt der Käufer, soweit nichts anderes vereinbart ist. Die Ware ist unversichert zu versenden. Ein Lieferavis kann vereinbart werden. Verpackungskosten für Spezialverpackungen werden vom Käufer getragen. Teillieferungen sind erlaubt.
- 2.3. Wenn die Abnahme infolge des Verschuldens des Käufers nicht rechtzeitig erfolgt, so steht der Verkäuferin nach ihrer Wahl das Recht zu, nach Ablauf einer zu setzenden Nachfrist von 12 Kalendertagen entweder die Ware mit sofortiger Fälligkeit in Rechnung zu stellen (Rückstandsrechnung) oder vom Vertrag zurückzutreten oder Schadensersatz zu verlangen.

3. Vertragsinhalt

- 3.1. Die Lieferung der Ware erfolgt zu bestimmten Terminen (Kalenderwoche). Der in der Auftragsbestätigung genannte Liefertermin gilt stets als abgehend vom Werk. Alle Verkäufe werden nur zu bestimmten Mengen, Artikeln, Qualitäten und festen Preisen abgeschlossen. Hieran sind beide Parteien gebunden. Kommissionsgeschäfte werden nicht getätigt.
- 3.2. Blockaufträge sind zulässig und müssen bei Vertragsabschluss befristet werden. Die Abnahmefrist darf höchstens 12 Monate betragen

4. Unterbrechung der Lieferung

- 4.1. Bei höherer Gewalt, von der Käuferin nicht zu vertretenden Arbeitskampfmaßnahmen und sonstigen unverschuldeten Betriebsstörungen, die länger als eine Woche gedauert haben oder voraussichtlich dauern, wird die Lieferungsfrist ohne Weiteres um die Dauer der Behinderung, längstens jedoch um fünf Wochen verlängert. Die Verlängerung tritt nur ein, wenn dem Käufer unverzüglich Kenntnis von dem Grund der Behinderung gegeben wird, sobald zu übersehen ist, dass die Lieferungsfrist nicht eingehalten werden kann.
- 4.2. Ist die Lieferung in den in Ziff. 1 genannten Fällen nicht innerhalb der verlängerten Lieferungsfrist erfolgt, kann der Käufer nach Ablauf einer zu setzenden Nachfrist von 12 Kalendertagen vom Vertrag zurücktreten.
- 4.3. Schadensersatzansprüche sind in den Fällen von Ziff. 1 ausgeschlossen, wenn die Verkäuferin ihrer Obliegenheit gem. Ziff. 1 genügt hat.

5. Nachlieferungsfrist

- 5.1. Nach Ablauf der Lieferfrist wird ohne Erklärung eine Nachlieferungsfrist von 12 Kalendertagen in Lauf gesetzt. Nach Ablauf dieser Frist kann der Käufer durch schriftliche Erklärung vom Vertrag zurücktreten. Will der Käufer Schadensersatz statt der Leistung beanspruchen, muss er der Verkäuferin nach Ablauf der vereinbarten Lieferfrist schriftlich eine 4-Wochenfrist setzen. Die gesetzlichen Regelungen über die Entbehrlichkeit der Fristsetzung (§ 281 Abs. 2, § 323 Abs. 2 BGB) bleiben unberührt.
- 5.2. Vor Ablauf der Nachlieferungsfrist sind Ansprüche des Käufers wegen verspäteter Lieferung ausgeschlossen.

6. Mängelrüge

- 6.1. Mängelrügen sind bei offenen Mängeln spätestens innerhalb von 12 Kalendertagen nach Empfang der Ware an die Verkäuferin abzusenden. Versteckte Mängel hat der Käufer unverzüglich nach deren Entdeckung gegenüber der Verkäuferin zu rügen. Ist die Mängelrüge nicht fristgerecht erfolgt, gilt die Ware als genehmigt.
- 6.2. Nach Zuschnitt oder sonst begonnener Verarbeitung der gelieferten Ware ist jede Beanstandung offener Mängel ausgeschlossen.
- 6.3. Geringe, technisch nicht vermeidbare Abweichungen der Qualität, Farbe, Breite, des Gewichts, der Ausrüstung oder des Dessins stellen keinen Sachmangel dar. Dies gilt auch für handelsübliche Abweichungen, es sei denn, dass die Verkäuferin eine mustergetreue Lieferung schriftlich erklärt hat.
- 6.4. Bei berechtigten Mängelrügen hat der Käufer nach Wahl der Verkäuferin das Recht auf Nachbesserung oder Lieferung mangelfreier Ersatzware innerhalb von 12 Kalendertagen nach Rückempfang der Ware. In diesem Fall trägt die Verkäuferin die Frachtkosten. Ist die Nachlieferung fehlergeschlagen, hat der Käufer nur das Recht, den Kaufpreis zu mindern oder vom Vertrag zurückzutreten.

7. Schadensersatz

- 7.1. Schadensersatzansprüche des Käufers sind ausgeschlossen, sofern in diesen Bedingungen nichts Abweichendes geregelt ist.
- 7.2. Der Ausschluss in Ziff. 1 gilt nicht, soweit eine Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz, bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit von Inhabern, gesetzlichen Vertretern und leitenden Angestellten, bei Arglist, bei Nichtinhaltung einer übernommenen Garantie, bei der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder bei der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten besteht; wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung den Vertrag prägen und auf die der Käufer vertrauen darf. Ein Schadensersatzanspruch wegen Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen und vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit kein anderer in Satz 1 genannter Fall vorliegt.
- 7.3. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Käufers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

8. Zahlungsbedingungen

- 8.1. Die Rechnung wird zum Tage der Lieferung bzw. der Bereitstellung der Ware ausgestellt. Ein Hinausschieben der Fälligkeit (Verlängerung) ist grundsätzlich ausgeschlossen.

- 8.2. Rechnungen sind zahlbar: Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist der Kaufpreis (ohne Abzug) innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsstellung zur Zahlung fällig. Ab dem 15. Tag tritt Verzug gemäß § 286 Abs. 2 Nr. 1 BGB ein.
- 8.3. Verzinsen werden in keinem Fall gewährt.
- 8.4. Zahlungen werden stets zur Begleichung der ältesten fälligen Schuldposten zuzüglich der darauf aufgelaufenen Verzugszinsen verwendet.
- 8.5. Maßgeblich für den Tag der Abfertigung der Zahlung ist in jedem Fall der Postabgangsstempel. Bei Banküberweisung gilt der Vortag der Gutschrift der Bank des Verkäufers als Tag der Abfertigung der Zahlung.

9. Zahlung nach Fälligkeit

- 9.1. Bei Zahlungen nach Fälligkeit werden Zinsen von neun Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz im Sinne von § 247 BGB berechnet. Im Übrigen findet § 288 BGB Anwendung.
- 9.2. Vor vollständiger Zahlung fälliger Rechnungsbeträge einschließlich Zinsen ist die Verkäuferin zu keiner weiteren Lieferung aus laufenden Lieferverträgen verpflichtet. Die Geltendmachung eines Verzugsschadens bleibt vorbehalten.
- 9.3. Bei wesentlicher Verschlechterung der Vermögensverhältnisse, wie z. B. drohender Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsverzug, kann die Verkäuferin bei allen Lieferverträgen, die auf demselben rechtlichen Verhältnis beruhen, die ihm obliegende Leistung verweigern oder nach Setzung einer Nachfrist von 12 Kalendertagen von diesen Lieferverträgen zurücktreten. Im Übrigen gilt § 321 BGB. § 119 InsO bleibt unberührt.

10. Aufrechnung und Zurückbehaltung

- Die Aufrechnung und Zurückbehaltung fälliger Rechnungsbeträge ist nur mit unbestrittenen und rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig, soweit es sich dabei nicht um Schadensersatzansprüche handelt, die in engem Zusammenhang zum Anspruch des Käufers auf mangelfreie Vertragserfüllung stehen.

11. Eigentumsvorbehalt

- 11.1. Die Ware bleibt bis zur vollständigen Bezahlung sämtlicher Forderungen aus Warenlieferungen aus der gesamten Geschäftsverbindung, einschließlich Nebenforderungen, Schadensersatzansprüchen und Einlösungen von Schecks und Wechseln, Eigentum der Verkäuferin. Der Eigentumsvorbehalt bleibt auch dann bestehen, wenn einzelne Forderungen der Verkäuferin in eine laufende Rechnung aufgenommen werden und der Saldo gezogen und anerkannt wird.
- 11.2. Wird die Vorbehaltsware vom Käufer zu einer neuen beweglichen Sache verbunden, vermischt oder verarbeitet, so erfolgt dies für die Verkäuferin, ohne dass dieser hieraus verpflichtet wird. Durch die Verbindung, Vermischung oder Verarbeitung erwirbt der Käufer nicht das Eigentum gem. §§ 947 ff. BGB an der neuen Sache. Bei Verbindung, Vermischung oder Verarbeitung mit nicht der Verkäuferin gehörenden Sachen erwirbt die Verkäuferin Miteigentum an der neuen Sache nach dem Verhältnis des Fakturenwertes seiner Vorbehaltsware zum Gesamtwert.
- 11.3. Der Käufer ist zur Weiterveräußerung oder zur Weiterverarbeitung nur unter der Berücksichtigung der nachfolgenden Bedingungen berechtigt:
 - 11.3.1. Der Käufer darf die Vorbehaltsware nur im ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb veräußern oder verarbeiten, sofern sich seine Vermögensverhältnisse nicht nachträglich wesentlich verschlechtern.
 - 11.3.2. Der Käufer tritt hiermit die Forderung mit allen Nebenrechten aus dem Weiterverkauf der Vorbehaltsware – einschließlich etwaiger Saldoforderungen – an die Verkäuferin ab. Die Verkäuferin nimmt diese Abtretung an.
 - 11.3.3. Wurde die Ware verbunden, vermischt oder verarbeitet und hat die Verkäuferin hieran in Höhe seines Fakturenwertes Miteigentum erlangt, steht ihm die Kaufpreisforderung anteilig zum Wert seiner Rechte an der Ware zu.
 - 11.3.4. Hat der Käufer die Forderung im Rahmen des echten Factorings verkauft, tritt der Käufer die an ihre Stelle tretende Forderung gegen den Factor an die Verkäuferin ab und leitet seinen Verkaufserlös anteilig zum Wert der Rechte der Verkäuferin an der Ware an die Verkäuferin weiter. Der Käufer ist verpflichtet, dem Factor die Abtretung offenzulegen, wenn er mit der Begleichung einer Rechnung mehr als 10 Tage überfällig ist oder wenn sich seine Vermögensverhältnisse wesentlich verschlechtern. Die Verkäuferin nimmt diese Abtretung an.
 - 11.3.5. Der Käufer ist ermächtigt, solange er seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, die abgetretenen Forderungen einzuziehen. Die Einziehungsermächtigung erlischt bei Zahlungsverzug des Käufers oder bei wesentlicher Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Käufers. In diesem Falle wird die Verkäuferin hiermit vom Käufer bevollmächtigt, die Abnehmer von der Abtretung zu unterrichten und die Forderungen selbst einzuziehen. Die Geltendmachung der abgetretenen Forderungen muss der Käufer die notwendigen Auskünfte erteilen und die Überprüfung dieser Auskünfte gestatten. Insbesondere hat er der Verkäuferin auf Verlangen eine genaue Aufstellung der ihm zustehenden Forderungen mit Namen und Anschrift der Abnehmer, Höhe der einzelnen Forderungen, Rechnungsdatum usw. auszuhandigen.
- 11.4. Übersteigt der Wert der für die Verkäuferin bestehenden Sicherheit dessen sämtliche Forderungen um mehr als 10 %, so ist die Verkäuferin auf Verlangen des Käufers insoweit zur Freigabe von Sicherheiten nach seiner Wahl verpflichtet.
- 11.5. Verpfändung oder Sicherungsübereignung der Vorbehaltsware bzw. der abgetretenen Forderungen sind unzulässig. Von Pfändungen ist die Verkäuferin unter Angabe des Pfändungsläubigers sofort zu unterrichten.
- 11.6. Nimmt die Verkäuferin in Ausübung ihres Eigentumsvorbehaltsrechts den Liefergegenstand zurück, so liegt darin nicht automatisch ein Rücktritt vom Vertrag vor. Die Verkäuferin kann sich aus der zurückgenommenen Vorbehaltsware durch freihändigen Verkauf befriedigen.
- 11.7. Der Käufer verwahrt die Vorbehaltsware für die Verkäuferin unentgeltlich. Er hat sie gegen die üblichen Gefahren, wie z. B. Feuer, Diebstahl und Wasser, im gebrauchlichen Umfang zu versichern. Der Käufer tritt hiermit seine Schadensersatzansprüche, die ihm aus Schäden der obengenannten Art gegen Versicherungsgesellschaften oder sonstige Ersatzverpflichtete zustehen, an die Verkäuferin in Höhe des Fakturenwertes der Ware ab. Die Verkäuferin nimmt die Abtretung an.
- 11.8. Sämtliche Forderungen sowie Rechte aus dem Eigentumsvorbehalt an allen in diesen Bedingungen festgelegten Sonderformen bleiben bis zur vollständigen Freistellung aus Eventualverbindlichkeiten (Scheck-Wechsel), die die Verkäuferin im Interesse des Käufers eingegangen ist, bestehen. Dem Käufer ist es im Falle des Satzes 1 grundsätzlich gestattet, Factoring für seine Außenstände zu betreiben. Er hat jedoch vor Eingehen von Eventualverbindlichkeiten die Verkäuferin darüber zu informieren.

12. Gerichtsstand

- Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist die Freie und Hansestadt Hamburg.

13. Anwendbares Recht

- Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11.04.1980 wird ausgeschlossen.

General Terms and Conditions of teamdress Stein Deutschland GmbH



1. Scope of application and conclusion of contract

- 1.1. All deliveries, services and offers of teamdress Stein Deutschland GmbH (hereinafter referred to as "Seller") are made exclusively on the basis of these General Terms and Conditions of Delivery. These are an integral part of all contracts that the Seller concludes with its contractual partners (hereinafter also referred to as "Buyer") for the deliveries or services offered by it. They shall also apply to all future deliveries, services or offers to the Buyer, even if they are not separately agreed again.
- 1.2. The Seller does not recognise the Buyer's general terms and conditions unless the Seller has expressly agreed to their validity in writing. This shall also apply if the Seller unconditionally performs the services in the knowledge of conflicting terms and conditions or terms and conditions deviating from these Terms and Conditions of Delivery and Payment.
- 1.3. The Seller accepts offers for its products by telephone, fax, e-mail, its own EDI customer portal, order form and in personal conversation, which the Seller expressly reserves the right to accept. The order confirmation sent to the buyer by e-mail or fax does not yet lead to the conclusion of a purchase contract.
- 1.4. A purchase contract is only concluded when the seller sends an order confirmation by e-mail or fax within five working days of receipt of the order, but at the latest when the goods are delivered.
- 1.5. In the case of block orders, the contract is only concluded when the signed order form is returned.

2. Place of fulfilment, delivery and acceptance

- 2.1. The place of fulfilment for all services arising from the delivery contract is the location of the seller's commercial establishment. The goods shall be delivered ex works.
- 2.2. Shipping and ancillary shipping costs shall be borne by the buyer, unless otherwise agreed. The goods shall be shipped uninsured. A despatch advice note can be agreed. Packaging costs for special packaging shall be borne by the buyer. Partial deliveries are permitted.
- 2.3. If acceptance does not take place on time due to the fault of the Buyer, the Seller shall be entitled, at its discretion, after expiry of a grace period of 12 calendar days to be set, either to invoice the goods with immediate maturity (invoice in arrears) or to withdraw from the contract or to claim damages.

3. Contract content

- 3.1. The goods shall be delivered on specific dates (calendar week). The delivery date stated in the order confirmation is always deemed to be the date of dispatch from the factory. All sales are only concluded for specific quantities, articles, qualities and fixed prices. Both parties are bound by these. Commission transactions are not carried out.
- 3.2. Block orders are permitted and must be limited in time when the contract is concluded. The acceptance period may not exceed 12 months

4. Interruption of the delivery

- 4.1. In the event of force majeure, industrial action for which the Buyer is not responsible and other operational disruptions for which the Buyer is not responsible and which have lasted or are expected to last longer than one week, the delivery period shall be extended without further ado by the duration of the hindrance, but by no more than five weeks. The extension shall only take effect if the Buyer is informed immediately of the reason for the hindrance as soon as it can be foreseen that the delivery deadline cannot be met.
- 4.2. If delivery has not been made within the extended delivery period in the cases specified in Clause 1, the Buyer may withdraw from the contract after expiry of a grace period of 12 calendar days to be set.
- 4.3. Claims for damages shall be excluded in the cases of Clause 1 if the Seller has fulfilled its obligation under Clause 1.

5. Subsequent delivery period

- 5.1. After expiry of the delivery period, a subsequent delivery period of 12 calendar days shall commence without explanation. After expiry of this period, the buyer may withdraw from the contract by written declaration. If the buyer wishes to claim damages instead of performance, he must set the seller a 4-week deadline in writing after expiry of the agreed delivery period. The statutory provisions on the dispensability of setting a deadline (§ 281 para. 2, § 323 para. 2 BGB) remain unaffected.
- 5.2. Prior to the expiry of the subsequent delivery period, claims of the buyer due to late delivery are excluded.

6. Notice of defects

- 6.1. Notices of defects must be sent to the seller within 12 calendar days of receipt of the goods at the latest in the case of obvious defects. The Buyer must notify the Seller of hidden defects immediately after their discovery. If the notice of defects is not made in due time, the goods shall be deemed approved.
- 6.2. After cutting or otherwise commenced processing of the delivered goods, any complaint about obvious defects is excluded.
- 6.3. Minor, technically unavoidable deviations in quality, colour, width, weight, finish or design shall not constitute a material defect. This also applies to customary deviations, unless the seller has declared in writing that the delivery is true to the sample.
- 6.4. In the event of justified complaints, the Buyer shall be entitled, at the Seller's discretion, to rectification or delivery of defect-free replacement goods within 12 calendar days of receipt of the returned goods. In this case, the Seller shall bear the freight costs. If the subsequent fulfilment has failed, the Buyer shall only have the right to reduce the purchase price or to withdraw from the contract.

7. Compensation for damages

- 7.1. Claims for damages by the buyer are excluded unless otherwise stipulated in these terms and conditions.
- 7.2. The exclusion in Clause 1 shall not apply in the event of liability under the Product Liability Act, in the event of intent, gross negligence on the part of owners, legal representatives and executives, in the event of fraudulent intent, non-compliance with an assumed guarantee, culpable injury to life, limb or health or culpable breach of material contractual obligations; material contractual obligations are those whose fulfilment characterises the contract and on which the buyer may rely. However, a claim for damages due to breach of material contractual obligations is limited to the foreseeable damage typical for the contract, unless another case mentioned in sentence 1 exists.
- 7.3. A change in the burden of proof to the detriment of the buyer is not associated with the above provisions.

8. Terms of payment

- 8.1. The invoice shall be issued on the day of delivery or provision of the goods. Postponement of the due date (extension) is generally excluded.
- 8.2. Invoices are payable: Unless otherwise stated in the order confirmation, the purchase price (without deduction) is due for payment within 14 days of the invoice date. From the 15th day, default occurs in accordance with § 286 Para. 2 No. 1 BGB.
- 8.3. Advance interest will not be granted under any circumstances.
- 8.4. Payments are always used to settle the oldest debt items due plus the interest accrued on arrears.

- 8.5. The date of dispatch of the payment shall in any case be determined by the postmark. In the case of bank transfers, the day prior to the crediting of the seller's bank shall be deemed to be the date of dispatch of the payment.

9. Payment after due date

- 9.1. If payments are made after the due date, interest of nine percentage points above the respective base interest rate within the meaning of Section 247 BGB shall be charged. Otherwise, § 288 BGB shall apply.
- 9.2. The Seller shall not be obliged to make any further deliveries under current delivery contracts before full payment of invoice amounts due, including interest. The right to claim damages for default remains reserved.
- 9.3. In the event of a significant deterioration in financial circumstances, such as imminent insolvency or default in payment, the Seller may refuse to fulfil its obligations under all delivery contracts based on the same legal relationship or withdraw from these delivery contracts after setting a grace period of 12 calendar days. Otherwise, § 321 BGB applies. § Section 119 InsO remains unaffected.

10. Offsetting and retention

10. The offsetting and retention of due invoice amounts is only permitted with undisputed or legally established claims, insofar as these are not claims for damages that are closely related to the buyer's claim for defect-free fulfilment of the contract.

11. Retention of title

- 11.1. The goods shall remain the property of the seller until full payment of all claims arising from deliveries of goods from the entire business relationship, including ancillary claims, claims for damages and encashment of cheques and bills of exchange. The retention of title shall also remain in force if individual claims of the seller are included in a current account and the balance is drawn and recognised.
- 11.2. If the reserved goods are combined, mixed or processed by the Buyer to form a new movable item, this shall be done on behalf of the Seller without the Seller being obligated as a result. By combining, mixing or processing, the buyer does not acquire ownership of the new item in accordance with § 947 ff. BGB to the new item. In the event of combination, mixing or processing with items not belonging to the Seller, the Seller shall acquire co-ownership of the new item in the ratio of the invoice value of its reserved goods to the total value.
- 11.3. The buyer is only authorised to resell or process the goods subject to the following conditions:
 - 11.3.1. The buyer may only sell or process the reserved goods in the ordinary course of business, provided that his financial circumstances do not subsequently deteriorate significantly.
 - 11.3.2. The buyer hereby assigns the claim with all ancillary rights from the resale of the reserved goods - including any balance claims - to the seller. The seller accepts this assignment.
 - 11.3.3. If the goods have been combined, mixed or processed and the seller has acquired co-ownership in the amount of his invoice value, he shall be entitled to the purchase price claim in proportion to the value of his rights to the goods.
 - 11.3.4. If the buyer has sold the claim within the framework of genuine factoring, the buyer assigns the claim against the factor that replaces it to the seller and forwards its sales proceeds to the seller in proportion to the value of the seller's rights to the goods. The buyer is obliged to disclose the assignment to the factor if he is more than 10 days overdue with the payment of an invoice or if his financial circumstances deteriorate significantly. The seller accepts this assignment.
 - 11.3.5. The buyer is authorised to collect the assigned claims as long as he meets his payment obligations. The authorisation to collect shall expire in the event of default of payment by the Buyer or in the event of a significant deterioration in the Buyer's financial circumstances. In this case, the vendor is hereby authorised by the purchaser to inform the customers of the assignment and to collect the claims itself. In order to assert the assigned claims, the buyer must provide the necessary information and allow this information to be checked. In particular, he must provide the vendor on request with a precise list of the claims to which he is entitled, including the names and addresses of the customers, the amount of the individual claims, invoice date, etc.
- 11.4. If the value of the security existing for the seller exceeds the seller's total claims by more than 10 %, the seller shall be obliged to release securities of his choice at the buyer's request.
- 11.5. Pledging or transfer by way of security of the reserved goods or the assigned claims is not permitted. The vendor must be informed immediately of any pledges, stating the name of the pledgee.
- 11.6. If the seller takes back the delivery item in exercising its right of retention of title, this shall not automatically constitute a cancellation of the contract. The Seller may satisfy its claims from the returned goods subject to retention of title by selling them in the open market.
- 11.7. The Buyer shall store the reserved goods for the Seller free of charge. He shall insure them against the usual risks, such as fire, theft and water, to the customary extent. The Buyer hereby assigns to the Seller its claims for compensation to which it is entitled against insurance companies or other parties liable for compensation arising from damage of the above-mentioned type, in the amount of the invoice value of the goods. The seller accepts the assignment.
- 11.8. All claims as well as rights arising from the retention of title to all special forms specified in these terms and conditions shall remain in force until full release from contingent liabilities (cheque/bill of exchange) which the seller has entered into in the interests of the buyer. In the case of sentence 1, the Buyer is generally permitted to engage in factoring for its outstanding receivables. However, he must inform the seller before entering into contingent liabilities.

12. Place of jurisdiction

12. The place of jurisdiction for all disputes arising from this contract is the Free and Hanseatic City of Hamburg.

13. Applicable law

13. The law of the Federal Republic of Germany shall apply. The United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods of 11 April 1980 is excluded.